

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Fürst Hans-Adam II. erachtet eine EG-Mitgliedschaft als wenig sinnvoll

Mit seiner Thronrede eröffnete der Landesfürst gestern vormittag den Landtag für die dritte Sitzungsperiode – Für mehr Privatisierung der staatlichen Unternehmen

(G.M.) – Eine EG-Mitgliedschaft Liechtensteins erachtet Fürst Hans-Adam II. bei der heutigen Struktur der Europäischen Gemeinschaft als wenig sinnvoll. Ein Rückzug des Staates aus Bereichen, die ebensogut von der Privatwirtschaft übernommen werden könnten, ist für ihn denkbar. Verbesserungen am Steuersystem, um den hohen Bodenpreisen entgegenzuwirken, erscheinen ihm für die Zukunft unumgänglich. Diese drei Kernpunkte schnitt Fürst Hans-Adam II. in seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtags gestern vormittag an, wobei er sich konkret zu den einzelnen Punkten äusserte. Bei den anschliessenden Bürowahlen bestellte der Landtag den bisherigen Amtsinhaber Dr. Karlheinz Ritter (VU) wieder zum Landtagspräsidenten, Josef Biedermann (FBP) wurde ebenso erneut zum Landtagsvizepräsidenten gewählt.

Nach dem Heiliggeistamt in der Pfarrkirche Vaduz trafen sich die 25 Abgeordneten im provisorischen Landtagssaal in der Musikschule zur Eröffnungssitzung des Landtags. Die Eröffnungssitzung umfasste die Thronrede des Landesfürsten, eine Ansprache von Alterspräsident Dr. Walter Oehry sowie die sogenannten Bürowahlen mit der Bestellung des Präsidiums sowie der ständigen Kommissionen des Landtags.



Fürst Hans-Adam II. eröffnete gestern mit seiner Thronrede den Landtag für die dritte Sessionsperiode des 1989 gewählten Landtags. (Bild: Roland Korner)

EG-Beitritt wenig sinnvoll

Wie in den letzten Jahren ging Fürst Hans-Adam II. einleitend in seiner Thronrede auf die Aussenpolitik ein und wertete 1990 als aussenpolitisch sehr erfolgreiches Jahr für das Fürstentum Liechtenstein mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen. Durch die bevorstehende Mitgliedschaft bei der EFTA werde Liechtenstein im europäischen Integrationsgeschehen, wo es als vollwertiger Verhandlungspartner aufträte, seine Position weiter festigen können. Weil das Mitentscheidungsrecht bei EG-Beschlüssen im Rahmen der EWR-Verhandlungen

gen für die EFTA-Länder voraussichtlich nicht erfüllt werde, strebten nach Auffassung von Fürst Hans-Adam II. die meisten EFTA-Staaten die Vollmitgliedschaft bei der EG an. Realistischerweise müsse Liechtenstein damit rechnen, dass auch der Zollvertragspartner Schweiz entsprechende Schritte in Richtung EG-Mitgliedschaft unternehme. Für Liechtenstein jedoch kommt nach den Worten des Fürsten ein EG-Beitritt kaum in Frage: «Aus innen- und aussenpolitischen Gründen erscheint mir aber eine Mit-

gliedschaft Liechtensteins bei der heutigen Struktur der EG wenig sinnvoll.» Eine derartige Entwicklung, die er schon lange befürchtete, würde «die enge Anlehnung an die Schweiz in Politik und Wirtschaft in der bisherigen Form kaum mehr möglich» erscheinen lassen.

Rückzug des Staates gefordert

In seinen weiteren Ausführungen, die er der Innenpolitik widmete, forderte Fürst Hans-Adam II. einen Rückzug des Staates aus Tätigkeiten, die ebensogut

von der Privatwirtschaft übernommen werden könnten. Konkret erwähnte er die Privatisierung der Gasversorgung, aber auch die Teilprivatisierung der liechtensteinischen Landesbank sowie die Aufhebung des staatlichen Monopols bei den PTT-Diensten. Der Staat sollte sich, meinte der Fürst, im Konkurrenzkampf der Marktwirtschaft auf die Rolle des Schiedsrichters beschränken und nicht versuchen, gleichzeitig auch noch Spieler zu sein. Vor dem Hintergrund der Ablehnung des neuen Steuergesetzes

durch das Volk sprach sich Fürst Hans-Adam II. ferner für eine sinnvolle Verbesserung des bestehenden Steuersystems aus, wobei er als zentrales Thema die Aenderung der Besteuerung der Grundstücke anführte. Um die Kostenexplosion bei den Grundstückspreisen zu dämpfen und auch jungen Leuten noch den Kauf eines baureifen Grundstückes zu ermöglichen, schlug er für Bodenbesitzer eine steuerliche Zusatzbelastung vor, ausserdem die Besteuerung des Baugrundes nach dem Verkehrswert sowie die Abschaffung der Grundstückgewinnsteuer, da diese in den letzten Jahren nur zur Anhebung der Grundstückspreise beigetragen habe. Auch wenn Steuerreformen in Liechtenstein unpopulär seien, bemerkte Fürst Hans-Adam II. zum Abschluss der Thronrede, sollte dennoch versucht werden, «die Mehrheit unseres Volkes zu überzeugen, wenigstens in diesem Bereich notwendigen Massnahmen zuzustimmen.»

Betonung privater Initiative

Ähnliche Themenbereiche wie der Landesfürst schnitt auch Alterspräsident Dr. Walter Oehry (VU) in seiner Ansprache vor den Bürowahlen an. Vorerst jedoch sprach er Fürst Hans-Adam II. im Namen des Landtags und des Volkes das Beileid zum Hinschied von Prinz Wenzel aus. Seine eigentlichen Ausführungen galten ebenfalls dem UNO-Beitritt und den EWR-Verhandlungen, im weiteren der Frage, dass die Öffentlichkeit grundsätzlich nur dort die Verantwortung übernehmen sollte, wo sie der Einzelne nicht übernehmen könne. Konkret wies er auf die anstehenden Vorlagen für ein neues Bankengesetz, gegen die Geldwäscherei und für den Datenschutz sowie auf die Familienrechtsreform hin. Die Liste der derzeit zur Behandlung anstehenden Vorlagen umfasst nach seinen Angaben 57 Traktanden – genug also für das Parlament für die nächsten Monate.

Mehr über die Eröffnung des Landtags im Innern der heutigen Ausgabe.

Gegen Abbruch der EWR-Verhandlungen

Bern (AP) Für den Schweizer Bundesrat steht ein Abbruch der Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht zur Diskussion. Er führt die Verhandlungen mit der EG weiter und entscheidet erst nach Vorliegen des Vertragsentwurfs, ob die gesteckten Ziele erreicht sind und das Abkommen unterschrieben werden soll. Selbst wenn der EWR-Vertrag nur Übergangscharakter habe, behalte er seinen Wert, erklärte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz am Dienstag vor dem Nationalrat.

In seiner detaillierten Stellungnahme unterstrich Delamuraz, dass eine feste Haltung der EFTA-Länder Voraussetzung für ein Gelingen des EWR darstelle. Dies habe er am Ministertreffen vom letzten Freitag in Genf seinen Kollegen entschieden klargemacht. Der Bundesrat sei gewillt, ein solides Fundament für das künftige Europa zu errichten. Der EWR sei trotz den von der EG erzwungenen Abstrichen vor allem bei den Mitentscheidungsrechten noch immer eine echte Alternative zum Alleingang oder zum direkten EG-Beitritt, führte Delamuraz aus.

Keine konkreten Pläne für Privatisierungen

Pressegespräch mit der Regierung – Schwerpunkt mit wirtschaftlichen Themenbereichen

(G.M.) – Die Regierung hat keine konkreten Pläne für die Privatisierung von staatlichen Unternehmen wie die PTT und die Gasversorgung, wie das Fürst Hans-Adam II. in seiner Thronrede vom Dienstag angeregt hatte. Dies erklärte Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch. Ausserdem nahm er auf entsprechende Fragen Stellung zum geplanten EFTA-Beitritt unseres Landes sowie zu den EWR-Verhandlungen.

Fürst Hans-Adam II. hatte am Vormittag die Anregung unterbreitet, künftig jene Bereiche der Privatisierung zu übergeben, die nicht unbedingt vom Staat übernommen werden müssen. Konkret hatte er die Gasversorgung und die Landesbank sowie den PTT-Bereich genannt und ausgeführt: «Wir sollten uns deshalb in den nächsten Jahren zum Ziel setzen, alle Bereiche, in denen der Staat tätig ist, dahingehend zu untersuchen, ob sie nicht durch mehr Privatinitiative ersetzt werden könnten. Nur so werden wir den Staat in seinen vielfältigen Aufgaben entlasten, die ihn immer näher an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bringen.»

Keine konkreten Pläne

Auf eine Anfrage erklärte Regierungschef Hans Brunhart beim Pressegespräch am Abend, dass der Landesfürst in seinen Thronreden längerfristige Probleme und Vorstellungen, Programme und Vorstellungen entwerfe, ohne die Meinung zu vertreten, diese sollten sofort verwirklicht werden. Die Kernaussagen des Fürsten halten sich nach seinen Ausführungen im internationalen Trend, wo überall versucht werde, die staatlichen Unternehmen zu privatisieren. Allerdings gab Regierungschef Brunhart auch zu verste-

hen, dass in Liechtenstein noch nie viele Unternehmen verstaatlicht worden seien. Konkret meinte Brunhart, dass es im Fall der Gasversorgung in der derzeitigen Situation freilich auch schwierig wäre, eine Privatisierung durchzuführen.

Auch im PTT-Bereich, wo es vor allem um den Fernmeldebereich gehe, gebe es eine internationale Tendenz, die staatlichen Monopole aufzubrechen. Tatsächlich hätten private Kurierdienste einen beachtlichen Teil, zur Zufriedenheit der Kundschaft, für sich einnehmen können. Doch die Regierung habe die Erklärung des Landesfürsten nicht als konkreten Auftrag verstanden, sofort etwas zu unternehmen. Die These, dass der Staat nur dort eingreifen sollte, wo es wirklich nötig sei, vertrete jedoch auch die Regierung.

Steuerreform: Gedanken machen

Die Regierung mache sich Gedanken, erklärte Regierungschef Brunhart weiter auf eine Frage, wie nach der ablehnenden Volksentscheidung zur Steuerreform weitergegangen werde. Auch hier hatte Fürst

Schweiz: Auflagen für IWF-Beitritt

Bern (spk) Mit dem Nahen eines Beitritts der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) werden verschiedene Bedenken laut: Hilfswerke fordern den Bundesrat auf, verbindliche entwicklungspolitische Zusagen zu machen. Andernfalls, so droht ihrerseits die Erklärung von Bern (EvB), würde sie ein Referendum ergreifen.

Hans-Adam II. seine Vorstellungen in der Thronrede der Öffentlichkeit unterbreite. Er wiederholte seine Äusserungen, versprach Regierungschef Hans Brunhart auf die Frage nach der Einschätzung der Situation bei den EWR-Verhandlungen. Die Zielsetzungen der Regierung seien, auch angesichts der Schwierigkeiten zwischen EG und EFTA-Staaten, unverändert. Erst am Schluss der Verhandlungen könne entschieden werden, ob das vorgelegte und ausgehandelte Modell den Zielsetzungen entspreche. Viel wird nach seinen Worten von den Übergangslösungen abhängen, aber auch von den grundsätzlichen Aspekten des Vertrages, wie beispielsweise von der Möglichkeit der Mitbestimmung. Regierungschef Hans Brunhart machte keinen Hehl aus der Tatsache, dass die Vorstellungen zwischen EG und EFTA-Staaten nicht in allen Bereichen die gleichen seien. Bis Ende April, so meinte er, könne gesehen werden, ob die angestrebten Ziele erreicht werden konnten, wobei er unterstrich, dass bei den einzelnen EFTA-Staaten auch unterschiedliche Ausgangspositionen für den EWR-Vertrag bestünden.

St. Gallen: Defizit beim Kantonsspital

St. Gallen (spk) Mit 21 751 stationären Patienten wurde im Kantonsspital St. Gallen 1990 erneut eine Rekordzahl erreicht und das Vorjahr um 1,8 Prozent übertrafen. Weiter fortgesetzt hat sich am sechstgrössten Schweizer Spital aber auch der rückläufige Trend der Patiententage. Die Aufenthaltsdauer ist im Durchschnitt auf 10,9 Tage gesunken. Der Staatsbetrag (Defizit) beträgt 53,6 Mio Franken.

Auch im ambulanten Bereich wird der Leistungsumfang des St. Galler Kantonsspitals immer grösser, wie an der Jahresbilanzpressekonferenz vom Dienstag bekannt wurde. So wurden mit 40 300 Patienten rund 500 mehr betreut als im Jahr zuvor.

Auf der Kostenseite ergab sich 1990 eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent auf 170,6 Mio Franken. Die Einnahmen stiegen nach einer Spitaltaxenerhöhung um 7,5 Prozent auf 117 Mio Franken. Die Kreditüberschreitungen konnten durch eine gute Auslastung der Kapazitäten fast vollständig wettgemacht werden.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Tony-Joghurt
-65

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SICHERHEITSHALBER
IN IHRER NÄHE.



ZÜRICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Solo
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz
Telefon 075/2 43 33